# scheichl traudtner amann drochter

## rechtsanwälte

per E-Mail: post.wst1@noel.gv.at

An die Landeshauptfrau von Niederösterreich Amt der Niederösterreichischen Landesregierung Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus Abteilung Anlagenrecht, Regionalstelle Industrieviertel zHd Mag. Norbert Haring Schwartzstraße 50 2500 Baden

Wien, am 17.4.2025 **WST1-K-900** 

selbständige Rechtsanwälte in Kooperation A-1010 Wien I Vienna Wipplingerstrasse 20/8-9 T I +43 1 533 6690 F I +43 1 533 6690 15 office@espr.at I www.espr.at

Rechtsanwälte:

ANDREW P. SCHEICHL I DR IUR andrew.scheichl@espr.at

HUBERT TRAUDTNER I MAG IUR hubert.traudtner@espr.at

KARLHEINZ AMANN I MAG IUR karlheinz.amann@espr.at

KATHARINA DROCHTER I MAG IUR katharina.drochter@espr.at

Konsensinhaberin: Hermann Mayer

Sand- und Schottergewinnung GmbH

Seibersdorfer Straße 8 2541 Hof am Leithaberge

vertreten durch:

(Vollmacht gem. § 8 RAO iVm § 10 AVG erteilt)

Rechtsanwalt

Dr. Andrew P. Scheichl Wipplingerstraße 20/8-9

1010 Wien

<u>wegen:</u> Bodenaushubdeponie, KG Blumau-Neurißhof;

WST1-K-900; Änderung

ANTRAG

gemäß § 37 Abs 3 Z 5 AWG 2002

1-fach

Projekt (elektronisch, 4-fach direkt vom Projektanten)

In umseits bezeichneter Rechtssache bezieht sich die Konsensinhaberin auf den Bescheid des Landeshauptmannes von Niederösterreich vom 29.12.2010, RU4-K-900/012-2010, und erstattet hiezu nachstehenden

#### **Antrag**

wie folgt:

## 1. Zum Bestand

- 1.1 Die Konsensinhaberin betreibt in der KG Blumau-Neurißhof eine mit Bescheid des Landeshauptmannes von NÖ vom 29.12.2010, RU4-K-900/012-2010, abfallrechtlich konsentierte Bodenaushubdeponie. Die Anlage wurde konsensgemäß errichtet und in Betrieb genommen.
- 1.2 Teil des ob zitierten Konsenses ist ua die Ausfahrt im Nordwesten der Anlage links auf das GstNr 109, KG Blumau-Neurißhof, und in weiterer Folge über das GstNr 1183, KG Blumau-Neurißhof, wieder in die L158. Andererseits umfasst der Konsens die Situierung einer Reifenwaschanlage vor der bestehenden Ausfahrt.
- 1.3 Die Konsensinhaberin beabsichtigt nun die Änderung der zuletzt beschriebenen Ausfahrtrelation, die darüber hinaus die Verlegung der Reifenwaschanlage und eine Rodung notwendig macht. Alle anderen Anlagenbestandteile und Rahmenbedingungen bleiben zum mit Bescheid erteilten Konsens unverändert.

### 2. Zur Änderung

2.1 Das gegenständliche Projekt sieht zunächst eine Änderung der Ausfahrtsrelation vor. Hinkünftig soll nicht mehr über die Ausfahrt im Nordwesten der Anlage, sondern über eine neue Ausfahrt im Norden (GstNr 81) ausgefahren werden. Konkret stellt sich die neue Ausfahrtsrelation wie folgt dar: Vor dem Windschutzgürtel (GstNr 89 und 87, KG Blumau-Neurißhof) wird nicht mehr nach links, sondern rechts über die GstNr 85 und

82 und in weiterer Folge über das GstNr 81, alle KG Blumau-Neurißhof, auf das Weggrundstück GstNr 1308, KG Tattendorf, (öffentliches Gut) gefahren. Über das GstNr 1308, KG Tattendorf, erfolgt entweder die Einbindung in die L157 oder (im Bedarfsfall) die Zufahrt zum ebenfalls von der Konsensinhaberin betriebenen Betriebsstandort in der KG Tattendorf¹ (die Rodungsbewilligung zur Errichtung und zum Betrieb der Zufahrt für den Betriebsstandort Tattendorf wurde bereits erteilt²).

- 2.2 Für diese Änderung wird auch die Reifenwaschanlage versetzt. Die Reifenwaschanlage befindet sich derzeit im Nordwesten der Anlage (vor der derzeitigen Ausfahrt) und soll in Zukunft in den Norden vor die neue Ausfahrt versetzt werden.
- 2.3 Darüber hinaus bedingt die Änderung der Ausfahrtsrelation eine befristete Rodung im Ausmaß von 115 m². Dies, da die Ausfahrt künftig über den (unbestockten) Teil des Windschutzgürtels (GstNr 81, KG Blumau-Neurißhof) erfolgen soll.
- 2.4 Details zu den geplanten Änderungen sind den beiliegenden Projektunterlagen der Team Kernstock ZT GmbH vom 16.4.2025 (Technischer Bericht sowie schalltechnische und luftreinhaltetechnische Stellungnahme) zu entnehmen, die einen integrierten Bestandteil des vorliegenden Antrags darstellen (./1-5). Das Projekt wird vorab unter einem elektronisch per E-Mail übermittelt, die Papierparien werden der Behörde direkt vom Projektanten vorgelegt.

## 3. Rechtliche Einordnung

3.1 Rechtlich handelt es sich um eine Änderung einer gemäß § 37 Abs 1 AWG 2002 genehmigten Behandlungsanlage, wobei die Nutzung des (unbestockten) Teils des Windschutzgürtels als Rodung im rechtlichen Sinn anzusehen ist und für selbige eine Rodungsbewilligung gemäß § 17 ForstG 1975 benötigt wird. Die dafür erforderlichen Projektangaben und va eine Darstellung des öffentlichen Interesses, das jenes an der

3

Bescheid der BH Baden vom 4.2.2020, BNW2-M-193/001, BNW2-NA-1935/001, BNW2-WA-1985/001 (Trockenabbau), Bescheid der LH NÖ vom 13.1.2022, WST1-K-1559/005-2021 (Bodenaushubdeponie).

Bescheid der BH Baden vom 27.3.2025, BNL1-V-251/002.

Walderhaltung übersteigt, findet sich in den Projektunterlagen, die einen integrierten

Bestandteil des gegenständlichen Antrags darstellen.

3.2 Die geplante Änderung ist nicht wesentlich, da die nunmehr geplante Ausgestaltung

keine erheblich nachteiligen Auswirkungen auf den Menschen oder die Umwelt haben

kann. Dies geht im Detail aus den Stellungnahmen der iC consulenten hervor, die zum

Ergebnis kommen, dass die geplante Änderung emissionsneutral ist (bzw

Verbesserungen für die Anrainer zu erwarten sind). Im Ergebnis ist die Änderung daher

gemäß § 37 Abs 3 Z 5 AWG 2002 im vereinfachten Genehmigungsverfahren zu

behandeln.

4. Antrag

Die Konsensinhaberin erstattet sohin nachstehenden

Antrag,

die do Behörde wolle der Konsensinhaberin die abfallrechtliche Genehmigung für die

im vorliegenden Antrag sowie den einen integrierten Bestandteil bildenden

Projektunterlagen beschriebenen Änderungen der Behandlungsanlage erteilen.

Hermann Mayer

Sand- und Schottergewinnung GmbH

4